

GESAGT

«Wahrscheinlich hatten die Angst, dass ich den Papst frage, warum er Kondome verbietet.»

Dies vermutet der Berliner Promi-Coiffeur **Udo Walz**, zu dessen Kundinnen auch Angela Merkel gehört. Er war für eine Audienz bei Papst Benedikt XVI. vorgemerkt und wurde nun vom Vatikan ausgeladen.

«Jetzt hat es bald ein Ende mit diesem Sandsackboxen. Der nächste Herausforderer von Witali Klitschko wird Odlanier Solis heissen. Und dann gibt es endlich mal einen echten und würdigen WM-Kampf und nicht so ein langweiliges Gekurke wie in der Schweiz.»

Der deutsche Boxpromoter **Ahmet Öner** über Klitschkos Sieg gegen Kevin Johnson in Bern und die Pläne mit seiner kubanischen Schwergewichtshoffnung Solis.

«Und der Dollar wird noch tiefer fallen. Der Abwertungstrend wird sich verstärken. Denn wir haben einen hohen Schuldenberg. Unsere Regierung behauptet zwar, sie werde den Fehlbetrag in den nächsten drei Jahren um die Hälfte reduzieren. Aber dann wird das Budgetdefizit immer noch sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen.»

Der amerikanische Ökonomeprofessor **Allan Meltzer** zur Zukunft der schwindsüchtigen US-Währung.

Quellen: Weltwoche, BAZ



KOLUMNE

REINER EICHENBERGER

ist Professor am Seminar für Finanzwirtschaft der Universität Freiburg

Helft der Welt! Globalisiert die Politik!

WEIHNACHTEN IST DIE ZEIT der Hoffnung und des Guten und damit die ideale Zeit, um über neue Vorschläge zur Verbesserung der Welt nachzudenken. Überall in der Welt dürsten die Menschen nach Wohlstand, Frieden, Menschenrechten und Demokratie. Allzu oft bekommen sie aber von ihren Regierungen nur das Gegenteil. Dabei kann ihnen auch die Weltgemeinschaft nur sehr begrenzt helfen, wie die Interventionen in Afghanistan, dem Irak und vielen anderen Ländern zeigen. Denn militärisch besetzen ist leichter als befrieden. Damit stellt sich die Frage nach besseren Alternativen.

ABSOLUT KEINE ALTERNATIVE ist eine Weltregierung. Denn sie wäre ein monopolistisches Ungetüm, das selbst zu Machtmissbrauch neigen würde. Die beste Lösung bietet ein neues Konzept, das bisher völlig vernachlässigt wurde: internationaler politischer Wettbewerb. Im Zeitalter der Globalisierung sollte es doch möglich sein, so etwas wie einen «internationalen Markt für gute Politik» zu schaffen. Dazu muss den Politikern und Parteien erlaubt werden, ihre Dienste nicht nur in ihrem Heimatland, sondern grenzüberschreitend anzubieten. Dadurch würden sich ihre Anreize dramatisch ändern. Heute haben Politiker in Entwicklungsländern kaum Anreize, sich an ihre schönen Wahlversprechen wie weniger Korruption, tiefere Steuern, mehr Demokratie und Dezentralisierung zu halten.

Denn sobald sie an der Macht sind, profitieren sie von hohen Steuern, Korruption, Zentralisierung und Demokratieabbau. Im Gegensatz dazu haben in- und ausländische Politiker, die auch in anderen Ländern kandidieren dürfen, ein grosses Interesse daran, sich an Wahlversprechen zu halten. Denn damit können sie eine gute Reputation aufbauen, die Wahlerfolg in anderen Ländern bringt. Deshalb würden sich in einem solchen internationalen Markt für Politik sowohl die in- wie auch die ausländischen Politiker stark an den Bedürfnissen der Bürger orientieren. Genauso hätten sie viel wirksamere Anreize, ethnische und religiöse Konflikte möglichst neutral und konstruktiv zu lösen, weil auch dies ihre Wahlchancen in anderen Ländern stark erhöhen würde.

MIT DER ZEIT WÜRDEN SICH so auf die Reform von Problemländern spezialisierte internationale Politikanbieter entwickeln, die ihre Dienste in verschiedensten Ländern anbieten und ein enormes Wissen und Fähigkeiten aufbauen würden.

NATÜRLICH GIBT ES gegen den Vorschlag unzählige Einwände, die aber auf Grund meiner bisherigen Forschung unbegründet sind. So gibt es vielerlei und gute Evidenz, dass die Bürger sehr wohl Ausländer wählen, sobald es ihnen vorteilhaft erscheint. Ein Beispiel ist die EU: In allen Beitrittsländern hat sich die Bevölkerung

dafür entschieden, dass in Zukunft nicht mehr ihre eigenen, sondern ausländische Politiker aus Brüssel das wichtigste Wort haben. Ein besonders interessantes Beispiel ist auch das Zeitalter der Podestas im Italien des 12. und 13. Jahrhunderts. Da haben die Stadtstaaten ganz systematisch das Regierungshaupt – den Podesta – aus anderen Städten rekrutiert, um so die schrecklichen internen Machtkämpfe zu vermeiden. Das System erwies sich als überaus erfolgreich und legte die Grundlage für ein unvergleichliches Aufblühen dieser Stadtstaaten.

ZU KLÄREN BLEIBT SCHLIESSLICH die Frage, weshalb sich das System – abgesehen vom Zeitalter der Podestas – bisher nicht entwickelt hat, wenn es denn so gut ist. Die Antwort ist einfach. Für ein einzelnes Land lohnt sich die Marktöffnung wenig. Es geht ja nicht darum, einfach ausländische Politiker zu importieren. Vielmehr müssen die in einem Land aktiven Politiker und Parteien die Chance haben, in anderen Ländern zu kandidieren, sodass sich ihre Anreize ändern. Deshalb muss das System durch ein internationales Abkommen vereinbart oder von der Weltgemeinschaft in möglichst vielen Ländern verordnet werden, sodass sich ein schöner, grosser und funktionsfähiger internationaler Markt für gute Politik entwickelt.

kolumne@bernerzeitung.ch

BANKDATEN

Schweizer Drohung

Die Schweiz kommt nun doch nicht auf die schwarze Liste Frankreichs der Steuerparadiese. Dies entschied der Pariser Senat.

Hintergrund ist ein Streit um die Bankdaten von Steuerflüchtlingen. Hätte der Pariser Senat für die Änderung gestimmt, wären künftig alle Finanzgeschäfte mit der Schweiz mit 50 Prozent besteuert worden. Die Senatoren sind verärgert, weil die Schweiz bis zum 25. Dezember die Rückgabe von Kundendaten der Genfer HSBC Private Bank fordert. Bern will verhindern, dass die Daten zur Strafverfolgung genutzt werden. Die französische Staatsanwaltschaft will die Daten nutzen, um Geldwäschern der Mafia sowie Steuerflüchtlingen auf die Spur zu kommen. Die Schweiz droht jetzt, das neue Doppelbesteuerungsabkommen mit Paris auszusetzen, das 2010 in Kraft treten soll.

Die verschlüsselten Daten von 130 000 HSBC-Kunden waren von dem HSBC-Informatiker Hervé Falciani den französischen Behörden übergeben worden. Unter den Bankkunden sind viele Kolumbianer und Italiener, aber auch chinesische Behörden und französische Steuerhinterzieher. Frankreich gewährt Falciani jetzt Polizeischutz. **DPA**

DER FALL HAIDAR

Nach Hungerstreik wieder in der Heimat



Aminatou Haidar spricht zu Medienvertretern in Lanzarote. **Keystone**

Die Menschenrechtsaktivistin **Aminatou Haidar** ist nach einem Hungerstreik in ihre Heimat, die Westsahara, zurückgekehrt.

Das Drama um die Bürgerrechtlerin Aminatou Haidar aus der Westsahara hat ein Ende. Nach einem einmonatigen Hungerstreik auf der Kanareninsel Lanzarote durfte die 43-Jährige in ihre Heimat zurückkehren. Die marokkanische Regierung erlaubte ihr «aus humanitären Gründen» die Einreise. Eine spanische Militärmaschine brachte Haidar in der Nacht zum Freitag von Lanzarote nach El Aaiún. In der Hauptstadt der Westsahara kam es bei der Rückkehr der Bürgerrechtlerin zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern Haidars und der Polizei. Nach spanischen Medienberichten gab es mehrere Festnahmen.

Aminatou Haidar ist wegen ihres friedlichen Kampfes für die

Selbstbestimmung des Wüstengebiets als «Gandhi der Westsahara» bekannt.

Marokko hält Haidar vor, die Interessen der Bewegung Polisario zu vertreten, die einen unabhängigen Staat in der spanischen Exkolonie anstrebt. Haidar hatte im November in den USA eine Auszeichnung erhalten. Bei der Heimkehr untersagten die marokkanischen Grenzbehörden ihr die Einreise und schoben sie nach Lanzarote ab. Dort trat die Bürgerrechtlerin in einen Hungerstreik, um ihre Rückkehr in die Heimat zu erzwingen. Spanien, Frankreich und die USA hatten sich bei der marokkanischen Regierung für die Bürgerrechtlerin eingesetzt.

Marokko hatte die Westsahara nach dem Ende des Franco-Regimes (1939–1975) in Spanien annektiert und betrachtet das Wüstengebiet seither als einen Teil seines Territoriums. Die Annexion wurde international jedoch nicht anerkannt. **DPA**

PASSPORT PASSEPORT
 Type/Catégorie: P
 Surname / Nom: CLOONEY
 Given names / Prénoms: GEORGE
 Nationality / Nationalité: UNITED STATES OF AMERICA
 Date of birth / Date de naissance: 06 MAY/MAI
 Sex / Sexe: M Place of birth / Lieu de naissance: KENTUCKY
 Date of issue / Date de délivrance: 05 MAY/MAI
 Authority / Autorité: UNITED STATES DEPARTMENT OF STATE

P<USA CLOONEY<<GEORGE<<<<<<
 9876543210USA99887766K012

Nespresso. What else?
NESPRESSO
 Die Seele des Kaffees
 www.nespresso-whatelse.com